



Irritierende Thesen gegen Israel aus Kreisen der EKD

**Eine Broschüre der DIG Arbeitsgemeinschaften
Braunschweig, Hannover, Oldenburg,
Osnabrück, Ostfriesland
und der DIG Bremen/Unterweser e.V.**

Herausgegeben von den DIG Arbeitsgemeinschaften
Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Osnabrück,
Ostfriesland und der DIG Bremen/Unterweser e.V.

Redaktion:
Dr. Widu Wittekindt, Bremen

V.i.S.d.P.:
Dr. Kay Schweigmann-Greve

Finanzierung:
aus dem Fond der Arbeitsgemeinschaften der DIG, ge-
fördert durch das Auswärtige Amt mit herzlichem Dank



Auswärtiges Amt

Layout:
ars-a-priori, info@ars-a-priori.de, Tel. 06 81 / 685 27 28
Druck: Flyeralarm

Hinweis: Die Rechte der Texte liegen bei den Autoren.
Sie dürfen nur vervielfältigt, nachgedruckt und verteilt
werden, wenn die ausdrückliche, schriftliche Geneh-
migung des jeweiligen Autors vorliegt. Im Bedarfsfall
wenden Sie sich an die Redaktion.

Oktober 2019

Inhalt

Einleitung	1
Eine Bremer Auseinandersetzung mit den Thesen von Ulrich Duchrow <i>Moldenhauer / Wittekindt</i>	2
Denkt so die EKD neuerdings wieder? Kommentare zu einer Reihe irritierender Aussagen <i>Moldenhauer / Schweigmann-Greve / Wittekindt</i>	5
Das „Kairos-Palästina-Dokument“ palästinensischer Christinnen und Christen <i>Volkmann</i>	9

Einleitung

In der letzten Zeit beobachten wir machtvolle Bestrebungen, dem schon 2009 erschienenen „Kairos-Palästina-Dokument“ palästinensischer Christinnen und Christen zur Situation in Israel allgemeine Gültigkeit in der EKD zu verschaffen. Israel dürfe damit als Apartheidstaat bezeichnet werden und daher müsse auch die BDS-Bewegung unterstützt werden. Zudem wird diese Diskussion verbunden mit der Aussage, dass Israels theologisch-historische Verknüpfung mit dem Land der Bibel zu vergleichen sei mit dem Anspruch der Palästinenser, die ebenfalls einen historischen Anspruch auf das Land herleiten. In Vielem lässt sich der Text durchaus auch antisemitisch bewerten.

Ein bedeutender Protagonist der Diskussion ist der Theologe Prof. Dr. Ulrich Duchrow, der auf der Basis seines Buches (*Ulrich Duchrow, Hans-G. Ulrich Hrsg., Religionen für Gerechtigkeit in Palästina–Israel. Jenseits von Luthers Feindbildern. 2te, verbesserte und aktualisierte Auflage, Verlag Stiftung Hirschler, Otterstadt/Speyer 2018*) mit Vorträgen durch Deutschland tourt und durchaus eine große Schar Zuhörer mit seinen Thesen gewinnt, die ihm zustimmen und ganz besonders von der Verunglimpfung Israels und der Umdeutung seiner Geschichte begeistert sind.

Mit dem mecklenburgischen Bischof Abromeit hat sich ein weiterer evangelischer Theologe in einem Seminar am 1. 8. 2019 auf der Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg über Israels Geschichte und Gegenwart der Position Duchrows und des *Kairos-Palästina-Dokumentes* angeschlossen.

Trotz schon länger vorhandener, ausführlich begründeter Gegenpositionen aus dem Kirchenraum heraus (z.B. von Dr. Michael Volkmann: <https://www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-tagungstexte-michael-volkmann-2012>) zeigt sich, dass diese Anti-Israel-Position wieder Raum gewinnt.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Broschüre steht eine Bremer Auseinandersetzung mit den Thesen von Prof. Duchrow. Weiter kommentieren wir einige Aussagen des Vortrages von Bischof Abromeit und als letzten Beitrag drucken wir die Analyse von Dr. Michael Volkmann zum *Kairos-Palästina-Dokument*.

Wir wollen hiermit den Mitgliedern der DIG eine Handreichung für Diskussionen mit Vertretern der EKD geben, die das schiefe Bild der Geschichte Israels und das deutsch-israelische Verhältnis korrigieren, das die laufenden Kampagnen verbreiten.

Wir wollen jedoch hier nicht verschweigen, dass es auch aktuell innerhalb der EKD erhebliche Kritik an Duchrow und Abromeit gibt, z.B. von Friedhelm Pieper, Präsident des DKR (*Deutscher Koordinierungsrat, Dachverband von 80 lokalen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Deutschland*), siehe <https://www.compass-infodienst.de/Friedhelm-Pieper-Vom-christlich-juedischen-Dialog-irritierend-unberuehrt.17506.0.html>.

Umso deutlicher fordern wir als DIG einen Klärungsprozess innerhalb der EKD, der zum Ziel haben muss, die falsche Darstellung der Geschichte Israels und jegliche Unterstützung von BDS auszuschließen.

Eine Bremer Auseinandersetzung mit den Thesen von Ulrich Duchrow

Von Dr. Bernd Moldenhauer und Dr. Widu Wittekindt

Vorbemerkung:

Eine evangelisch-reformierte Gemeinde in Bremen hat im April d.J. dankenswerterweise eine überaus gelungene Veranstaltungsreihe gegen Antisemitismus durchgeführt. Im Anschluss an diese Reihe wurde Prof. Duchrow eingeladen, einen Vortrag mit dem Titel: „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina/Israel“ zu halten. Sein Vortrag beruhte auf dem Buch (Ulrich Duchrow, Hans-G. Ulrich Hrsg., *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina–Israel. Jenseits von Luthers Feindbildern, zweite, verbesserte und aktualisierte Auflage*, Verlag Stiftung Hirschler, Otterstadt/Speyer 2018, S.183), das innerhalb der protestantischen Kirche auf heftigen Widerspruch gestoßen war, vom ersten Verlag zurückgezogen und später von einem neuen Verlag wieder aufgelegt wurde. Die Kirchengemeinde bat Vertreter der DIG, als Gegenpart eine Podiumsdiskussion zu bestreiten.

Die Bedeutung des Referenten und der Position der internationalen Gruppe von Theologen, die fundamentale Kritik an Israel üben, rechtfertigt einen Bericht von der Veranstaltung und einen cursorischen Überblick über ihre Hintergründe. Prof. Duchrow ist systematischer Theologe und Sozialethiker; für die protestantischen Kirchen ist er weltweit in ökumenischen Organisationen tätig. In diesem Zusammenhang war er Mitbegründer von *Kairos Europa*. Für unser Thema enthält das *Kairos-Palästina-Dokument* die theologischen und politischen Grundüberzeugungen, die Ulrich Duchrow an dem Abend vorgestellt hat und zu denen wir Stellung genommen haben.

Von der Anerkennung der historischen Schuld am Antisemitismus zur aktuellen Schuld des jüdischen Staates

Duchrow geht von der Anerkennung antisemitischer Traditionen im Protestantismus aus. Es sei daher „nach dem 2. Weltkrieg theologisch unbedingt geboten [gewesen], diese Schuld exegetisch, kirchengeschichtlich und systematisch zu überwinden.“ Dem kann man nur beipflichten, vielleicht mit der Einschränkung, dass der Überwindung eine längst nicht abgeschlossene Einsicht in die Motive eines 500 Jahre währenden Judenhasses vorausgehen sollte.

Erstaunlich ist allerdings eine Volte, die aus der Überwindung der eigenen Schuld einen neuen Schuldvorwurf gegen Juden erzeugt: „Die Schuldgeschichte des Antijudaismus der westlichen Christenheit, insbesondere auch

Luthers, und des Antisemitismus der westlichen Gesellschaften und Staaten hat nicht nur ein, sondern zwei katastrophale Folgen gehabt: 1. Das Menschheitsverbrechen des von den Deutschen begangenen Mordes an sechs Millionen Juden und 2. das Schweigen des Westens zu der Art und Weise, wie der von der UNO ermöglichte Staat Israel den Beschluss der Teilung Palästinas umsetzte und umsetzt. Das heißt, das Leiden der Palästinenser ist wesentlich mitverursacht durch den Westen und insbesondere Deutschland.“ Vom „schlechten Gewissen“ gegenüber Juden befreit, sollen die Deutschen und die protestantische Kirche sich der Fundamentalkritik Israels widmen. In zwei Sätzen wird von unserer Schuld an der Vertreibung und Ermordung von Millionen Juden übergegangen zur Schuld der Juden (und – darüber vermittelt – Deutschlands und des gesamten Westens) am Schicksal der Palästinenser. Fortan ist nur noch von dieser Schuld die Rede.

Im Rundbrief zur zweiten Auflage des Buches schreibt Duchrow, dass „die Regierung Netanjahu verdeckte und offene Methoden einsetzt, Menschen in Deutschland und USA so zu beeinflussen, dass sie Realität in Israel/Palästina nicht wahrnehmen und deshalb ihre eigenen Regierungen nicht herausfordern, ihre Unterstützung Israels an Bedingungen des Rechtes zu knüpfen“. Er schreibt weiter, dass „Israel den Antisemitismus braucht“, um sich gegen Kritik zu erwehren und „Deutschland braucht Israel als jüdisch-institutionalisierte Moralinstanz der Anerkennung seiner vollends bewältigten Vergangenheit“. Diese Aussage begründet er mit „einer stillen Übereinkunft von Beginn an“ für die „Aufrechterhaltung einer interessengeleiteten Verandelung“.

Täter und Opfer

Duchrows theologisches und gesellschaftspolitisches Selbstverständnis basiert auf unbedingter Gewaltfreiheit. Daher sagt er: „Selbstverständlich muss man mit den Menschen in Israel fühlen, die Angst vor Gewalt haben“, um fortzusetzen: „Aber man muss doch nach den Ursachen dieser Gegengewalt fragen, ohne diese zu rechtfertigen ... Wer unter diesen Umständen die Gewalt Israels mit der Gegengewalt der Palästinenser entschuldigt, macht die Opfer zu Tätern. In der Tat haben sich über die Jahrzehnte Palästinenser gegen die völkerrechtswidrige Besetzung auch mit Gegengewalt gewehrt. Aber dabei handelt es sich heute meist um verzweifelte Steinwürfe von Jugendlichen, Messerstiche und einige Raketen gegen israelische Unterdrückung und

Provokationen, dies vergleichbar mit Davids Steinschleuder gegen den Goliath der hochgerüsteten israelischen Armee.“ Diese Darstellung entspricht der Sichtweise des *Kairos-Palästina-Dokuments*.

Eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesem Dokument von protestantischer Seite (Dr. Michael Volkmann, *Das „Kairos-Palästina-Dokument“ palästinensischer Christinnen und Christen, Vortrag auf der Tagung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Berlin, 17. Januar 2012. www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-tagungstexte-michael-volkmann-2012*) bemerkt dazu: „Dass umgekehrt auch Palästinenser ungerecht handeln und Israelis leiden, kommt nicht in den Blick. Es fehlt jede palästinensische Selbstkritik in Bezug auf die Jahrzehnte lange destruktive Politik seitens der palästinensischen und anderer arabischen Regierungen. Völlig undenkbar erscheint ein Schuldbekenntnis in Bezug auf die antijüdische Tradition der orientalischen Christenheit. Manche Stellungnahmen kritisieren das Dokument daher als selbstgerecht. Tatsächlich stilisiert es die Palästinenser als hilflose Opfer. Mit Israel werden die Begriffe „Feind“ und „das Böse“ verknüpft. Zu diesem geschönten Selbstbild gehört das gänzlich fehlende Verständnis für die Sorgen, Schmerzen und Ängste von Israelis etwa angesichts der Bedrohung durch den Iran und seine radikal-islamischen Verbündeten im Libanon und in Gaza.“

Duchrow verschweigt überhaupt die lange Geschichte arabischer Aggressionen gegen die jüdische Gemeinschaft – in Gewalttrunden 1920, 1921, 1929, 1936–39 und 1947–48. Die Angreifer sind für Duchrow immer die Juden, die Opfer sind immer Araber. Sie sind immer Objekt, nie das Subjekt. Auch die vielfache Gewalt gegen Juden und Israelis überall in der Welt (Beispiel München 1972) unterdrückt Duchrow und nennt sie bei Nachfrage „legitime Gegengewalt“. Die historischen und politischen Kernaussagen des Buches sind: Historisch ist Israel das Produkt einer von den Imperialmächten gesteuerten Kolonisierung des Landes und heute ein Apartheidstaat, palästinensische Gewalt ist nichts anderes als legitime Gegengewalt, vor 70 Jahren wurde den Palästinensern ein Großteil des Landes geraubt, von Beginn an bis heute ging es Israel um Vertreibung und Entrechtung der Palästinenser, systematisch wurden nach Plan (*Dalet*) schon vor dem Unabhängigkeitskrieg eine Viertelmillion Palästinenser vertrieben, es gab nach dem 1948-Krieg keinerlei Vertreibung misrachischer Juden aus arabischen Ländern, sondern sie wurden mit falschen Versprechungen von zionistischen Organisationen als billige Arbeiter ins Land gelockt, usw. usf.

Als Beispiel nennt er einen sogenannten Vertreibungsplan „*Dalet*“ im Unabhängigkeitskrieg Israels und beruft sich auf „sogar jüdische“ Autoren. Als ob das den Wahrheitsgehalt erhöhen würde. Der Historiker Jaacov Lozowick schreibt: „Niemand hat je ein Dokument gefunden, das bezeugt, dass es eine Politik der Vertreibung der arabischen Bevölkerung gegeben hätte, denn die gab es nicht. Der Krieg begann im November 1947 und bis Juni 1948 bestand das Ziel der Juden darin, die Entschlossenheit der Araber zu überleben, sie zu vernichten.“

Offene Vertreibungen ereigneten sich vor allem ab Juni, und selbst da war es offenbar eine Atmosphäre, sie zum Gehen zu ermuntern, und es gab auch Fälle von Mord, aber keine klare Politik der Vertreibung.“

Theologische Begründungen der Kritik an Staat und Politik Israels

Historische und politische Motive sind im *Kairos-Palästina-Dokument* und bei Duchrow eng verknüpft mit theologischen Auslegungen. Im Dezember 2009 verbreitete der Ökumenische Rat der Kirchen weltweit einen von einer interkonfessionellen Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen verfassten Text und stellte eine direkte Beziehung zu dem 1985 in Südafrika publizierten *Kairos-Dokument* her, einem Aufruf zur Überwindung der Apartheid. Ziel des *Kairos-Palästina-Dokuments* ist, nach den Worten des ÖRK, „die Beendigung der Besetzung Palästinas durch Israel“. (Volkmann, a. a. O.) Dieses Dokument christlicher Palästinenser ist in den verschiedenen Strömungen der protestantischen Kirchen in Deutschland breit diskutiert worden und hat wegen der Einseitigkeit gegen Israel als ungerecht Handelnde und vieler Zweideutigkeiten und wegen der Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus keine positive Würdigung erfahren. Das Dokument beinhaltet einen Aufruf zum Boykott und ist theologische Basis für die heutige BDS-Bewegung.

Das *Kairos-Palästina-Dokument* will das Land aus der Bindung an Israel lösen und in eine universelle Perspektive rücken. Aus dieser universalistischen Perspektive wird Israel als ungerechter, kolonialistischer Apartheidstaat kritisiert. Das stößt wiederum auf Kritik anderer protestantischer Theologen: „Die von palästinensischen Christen geforderte Universalisierung aller biblischen Aussagen über das Land (‘jedem Volk hat Gott ein Land gegeben’) widerspricht der ... biblischen Einsicht, dass Gott sich selbst unauflöslich an das jüdische Volk gebunden hat. Bund und Land aber gehören zusammen.“ Die bleibende Erwählung Israels und die Bundestreue Gottes mit dem gelobten Land als elementarem Bestandteil der Bundesschlüsse seien für die Kirchen in Deutschland jedoch zentrale Aussagen, die die Mitte des christlichen Glaubens betreffen. Wenn das *Kairos-Palästina-Dokument* das Land westlich des Jordans als „unser Land“ bezeichne, stelle es das Existenzrecht Israels in Frage (Volkmann, a. a. O.).

Universalistische Normen und einseitige Parteinahme

Wenn es auch verfehlt ist, die Bibel (Tanach ebenso wie Neues Testament) an universalistischen Normen zu messen, so sind sie in säkularen Angelegenheiten die einzige Grundlage, die eine Verständigung über religiöse und politische Gegensätze hinweg ermöglicht. Duchrow beruft sich auf solche universalistischen Grundsätze (wie die Pflicht, Leben, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde zu wahren) und man kann ihm nur beipflichten. Hier wäre eine Chance für Dialoge.

Wenn es um universale Werte geht, steht das nackte Leben an erster Stelle. Daher sollten wir uns die Opferzahlen im Nahen Osten ansehen. Jeder Getötete und jeder Geflüchtete zählt gleich viel, egal in welchem Land. Erst weit danach kann es um Anzahlen gehen, aber sie sprechen doch eine deutliche Sprache. Wenn wir den Kreis auf die unmittelbaren Nachbarn Israels erweitern, gelangen wir aufgrund der Bürgerkriege in islamischen Ländern und Kriegen zwischen islamischen Staaten zu 2,4 bis 2,5 Millionen Getöteten (die Zahlen sind nur Schätzungen, weil es anders, als im Falle Israel-Palästinenser keine genauen Zählungen gibt). Von Geflüchteten haben wir noch nicht gesprochen. Allein im Nachbarland Syrien befinden sich 11 Millionen Syrer auf der Flucht, die Hälfte der Bevölkerung. Diesen 2,4 bis 2,5 Millionen Getöteten stehen nach den uns verfügbaren Zahlen weniger als 100.000 Opfer der israelisch-palästinensisch-arabischen Konflikte gegenüber. Die Frage, die sich angesichts dieser Zahlen stellt ist: mit welcher Berechtigung wird der Konflikt um die Existenz Israels zum einzig relevanten in der Region erklärt? Gab es Demonstrationen, Schiffskonvois, weltweite Verurteilungen vom Irak, vom Iran, von Syrien usw.? Gibt es aufgrund dieser Tötungsbilanzen so etwas wie eine fundamentale Irak-Kritik, eine fundamentale Syrien-Kritik, eine fundamentale Iran-Kritik, eine fundamentale Saudi-Arabien-Kritik?

Unterstützung der BDS-Bewegung

Das alles gab es nicht. Es gibt aber eine internationale BDS-Bewegung, die speziell im akademischen Milieu wirksam ist. Für Duchrow ist die Unterstützung des Boykotts Israels auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet die logische Konsequenz seiner theologisch-politischen Position. Auch diese Auffassung wird in der protestantischen Kirche nicht von allen geteilt. *„Denn ein Boykott ist mit einer einseitigen Schuldzuweisung an Israel verbunden. Dass die Realität so ist, wie sie ist, hängt jedoch auch mit dem politischen Handeln der palästinensischen Seite und etlicher arabischer Staaten zusammen. Im israelisch-palästinensischen Konflikt sind die Palästinenser als die Schwächeren dennoch verantwortlich Handelnde. Um Frieden zu erreichen, müssen sich beide Seiten bewegen, nicht nur eine. Schließlich bedeuteten internationale Sanktionen, dass eine Verhandlungslösung durch Zwang ersetzt würde. Niemand aber hat das Recht, einen existierenden Staat durch äußeren Zwang aufzulösen.“* (Volkman, a. a. O.)

Vortrag und Buch sollen also die Überzeugung begründen, das staatliche Handeln Israels sei grundsätzlich ungerecht, die Ausübung seiner Macht müsse als illegitim angesehen werden, sein Verhalten den Palästinensern gegenüber sei eine gezielte ethnische Auslöschung. Wir fühlten uns – wie oft in Diskussionen über Israel – mit einem Eifer konfrontiert, den Amos Oz so prägnant in seinem Büchlein „Liebe Fanatiker“ beschrieben hat. Das von Oz beschriebene Wesensmerkmal von Fanatikern ist aber genau der Mangel an Toleranz gegenüber den Stimmen der Andersdenkenden, der erklärt, dass Duchrow ausschließlich bekannte Israelgegner zitiert.

Für uns als DIG Bremen gab es noch einen bemerkenswerten Ausklang im Rahmen eines bestehenden Disputes mit Israelgegnern in Bremen, die im Arbeitskreis-Nahost Bremen organisiert sind und eine Website betreiben, die sich allerdings nicht auf den Nahen Osten bezieht, sondern vorrangig auf Israel und Palästina. Auf deren Website wurde die von Duchrow eröffnete Kontroverse fortgesetzt. Fairerweise wurde auch die DIG-Stellungnahme abgedruckt. Unabhängig von der erheblichen Unterschiedlichkeit wollen wir diese kontroverse Veröffentlichung als zumindest begonnenen Dialog begreifen und auf einen weniger aggressiv-konfrontativen Umgang hoffen als den sonst üblichen.

(Anmerkung: Zitate ohne Nachweis beziehen sich auf den Bremer Vortrag Prof. Duchrows.)

Denkt so die EKD neuerdings wieder?

Kommentare zu einer Reihe irritierender Aussagen

Von Dr. Bernd Moldenhauer, Dr. Kay Schweigmann-Greive und Dr. Widu Wittekindt

Der Greifswalder Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit hat im Seminar der 124. Blankenburger Allianzkonferenz am 1. August 2019 einen Vortrag gehalten mit dem Titel „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israelis und Palästinensern“. Wir kommentieren eine kleine Sammlung von *Zitaten* aus dem Vortrag.

„Als Christ lese ich die Bibel auch mit der Frage, was unsere Heilige Schrift zu einem möglichen Frieden beitragen kann. Was sagt der Tanach, die hebräische Bibel und unser Altes Testament dazu?“

Was ist eigentlich gemeint mit „unsere Heilige Schrift“? Ist das Alte Testament nicht erst einmal die Bibel der Juden? Sagt dieser Bibelteil etwas anders bei als das, was die Christen da herauslesen?

„Auch wenn wir heute gern vom jüdisch-christlichen Erbe reden, so gibt es doch eine lange Geschichte der Entfremdung von Juden und Christen.“

„Entfremdung“ ist ein unerträglicher Euphemismus für eine 500-jährige Feindschaft gegenüber Juden. Und wenn schon von einer Entfremdung gesprochen wird: wann gab es je Nähe und Verständnis?

„Das Leben der Juden des Mittelalters und der frühen Neuzeit war von großer Unsicherheit und daraus folgend von Mobilität geprägt.“

„Mobilität“: schon wieder so ein Euphemismus für Vertreibung und Pogrome gegen Juden. „Mobilität aufgrund von Unsicherheit“: auf eine solche Formulierung muss man erst einmal kommen.

„Weil die politischen Vorformen dessen, was heute Deutschland ist, nicht in der Lage waren, jüdischen Mitbürgern eine volle Integration zu ermöglichen, ist die sogenannte „Judenfrage“ erst zu dem Problem geworden, als das es die Juden im 19. Jahrhundert zu Recht empfunden haben.“

Dieser Satz ist eigentlich ein Skandal. Deutschland war also früher „nicht in der Lage, den jüdischen Mitbürgern eine volle Integration zu ermöglichen“. Ja, was hat die „politischen Vorformen“ denn daran gehindert? Es war nur der Wille, es gar nicht erst zu versuchen, denn das Leben von Juden im Mittelalter und der frühen Neuzeit war in den „politischen Vorformen dessen, was heute Deutschland ist“ geprägt von Demütigung, Vertreibung, ökonomischer Ausbeutung und oftmals physischer Gewalt. Dieses Verfolgungsgeschehen als „nicht in der Lage zur Integration“ zu bezeichnen, ist Geschichtsfälschung und grenzt an Lüge.

„Der Geburtsfehler des Zionismus (Theodor Herzl – Martin Buber – Benjamin Netanjahu)“

Eine böswillig verzerrende Überschrift. Einfacher geht es nicht. Von Herzl über Buber zu Netanjahu. Gab es da nicht schon über Jahrhunderte bewahrte religiöse

Beweggründe („Nächstes Jahr in Jerusalem“) und vorherzliche Zionismusbewegungen? Theodor Herzl war nicht der erste, der die Gründung eines jüdischen Gemeinwesens forderte. Als seine Vorläufer sind hier zunächst der Sozialist Moses Hess und sein Werk „Rom und Jerusalem“ von 1862 zu nennen, ferner der russische Arzt und Intellektuelle Leon Pinsker, der 1882 eine Schrift mit dem Titel „Auto-Emancipation!“ veröffentlichte. Bubers Thesen waren jedoch nur ein Teil der verschiedenen Strömungen einer intellektuellen Definition des Zionismus, aber er konnte sich nicht durchsetzen.

Netanjahu nun aber in Bezug zu Herzl und Buber zu setzen, ist der Versuch, Personen, die in einem historisch ganz anderen Umfeld agierten, durch einen aktuellen, nicht unbedingt beliebten Politiker zu diskreditieren. Außerdem werden hier einander entgegengesetzte politische Strömungen innerhalb des Zionismus geschichtsklitternd in eins gesetzt.

„Im Lande Palästina hatte die faszinierende Aufbauarbeit der zionistischen Siedler in den Städten und in den Kibbuzim, den sozialistischen Gemeinschaftssiedlungen, zugleich die Kehrseite, dass sie die ansässige arabische Bevölkerung nicht als gleichberechtigt ansahen und darum auch keine Begegnung mit den früheren Bewohnern des Landes suchten, sondern jüdische Parallelgesellschaften bildeten.“

Wieso „nicht gleichberechtigt und Parallelgesellschaften“? Kennt Abromeit nicht die Unabhängigkeitserklärung? Teilzitat: *„Er (der Staat Israel) wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.“*

Im Übrigen hat die arabische Führungsschicht in Palästina sich unter dem Jerusalemer Großmufti für das Bündnis mit Nazi-Deutschland entschieden und konsequent alle arabischen Kräfte, die mit den Juden kooperieren wollten, ermordet. Ereignisse, wie der Pogrom an der (nichtzionistischen, 2000 Jahre alten) jüdischen Gemeinde in Hebron 1929 und die Ermordung der Nashashibis und anderer kooperationsbereiter Araber sind zwei Seiten derselben Medaille. Mit wem genau hätte die zionistische Bewegung denn kooperieren sollen?

„Buber wollte keinen separaten Judenstaat, sondern hatte die Vision eines binationalen Staates, eines Landes mit zwei Völkern, die beide gleichberechtigt miteinander leben, Handel treiben und die Zukunft gestalten sollten. Es war ein Geburtsfehler des Zionismus, dass er nicht diese Tradition aufnahm, sondern stattdessen sich für einen jüdischen Nationalstaat entschied und gleichzeitig behauptete, das jüdische Gemeinwesen könne in einem in wesentlichen ungenutzten Landstrich aufgebaut werden.“

Auch hier irrt Abromeit: Die Araber wollten keinen binationalen Staat, sondern nur einen Staat für sich selber – ganz ohne Juden. Die binationale Bewegung im vorstaatlichen Israel war nicht geprägt durch Buber, sondern eher durch Politiker wie Artur Ruppin. Er war Befürworter eines binationalen Staates, mit der Idee, dass jede Volksgruppe ihre eigene Nationalität in einem gemeinsamen Staat behalten, aber eine Verfassung garantieren sollte, dass keine der beiden Nationen die andere beherrschen könne, ganz gleich, wie das Zahlenverhältnis aussehen würde. Intellektuelle beider Seiten unterstützten die Idee, jedoch eine Mehrheit der Juden im Jischuw lehnte sie ab, ebenso wie nahezu 100% der Araber.

„Wie stark jedoch die Legende von dem „Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ bis heute verfängt und politische Wirkung entfaltet, illustriert eine Begegnung von der die Frau König Husseins von Jordanien mit Sarah Netanjahu im Jahr 1966 berichtet. ... (weiter Abromeit als Conclusio:) Wenn selbst die Frau des aktuellen israelischen Regierungschefs dieser Legende erliegt, wird verständlich, wie schwer die Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts ist, der beiden Seiten ihr Recht lässt.“

Sehr peinlich, Herr Abromeit. Zwei tolle Zeuginnen der Geschichte! Da hätten wir uns doch andere Zeitzeugen gewünscht. Schon der einflussreiche Zionist Achad Ha'am (1856–1927) hat sehr früh darauf hingewiesen, die Rechte der Araber zu berücksichtigen.

„Diese ambivalente Politik versprach gleichzeitig eine ‚nationale Heimstätte für Juden‘ und einen arabisch-palästinensischen Staat. Auch wenn dieses Versprechen an die Juden mit der so genannten Balfour-Erklärung von 1917 nicht zwingend einen souveränen Jüdischen Staat verlangt, so provoziert diese unscharfe Formulierung doch eine solche Auslegung. Zumindest hat die jüdische Seite die Rede von der ‚nationalen Heimstätte für Juden‘ so verstanden.“

Erstens gibt es nur die Balfour-Deklaration und keine gleichartige für einen arabisch-palästinensischen Staat, und zweitens verschweigt Abromeit die wahre Geschichte des britischen Volkerbund-Mandates:

Der Vertrag des britischen Mandats mit der Aufteilung in Palästina und Transjordanien wird am 24. Juli 1922 vom Rat des Völkerbundes gebilligt; die Ratifizierung findet am 29. September 1923 statt. Auftrag des Völkerbund-Mandats für Palästina war die Hilfe zur Schaffung einer jüdischen Heimstätte, also Erfüllung der Balfour-Deklaration. Seitdem gibt es eine völkerrechtliche Grundlage, die von 66 Nationen ratifiziert wurde. Dieser Beschluss und nicht die ursprüngliche Balfour-Deklaration, ist die wirkliche juristisch klare Grundlage für die jüdische Heimstätte. Die Balfour-Deklaration war nur der Ausgangspunkt.

„Es kamen während des Zweiten Weltkrieges noch einmal viele Juden nach Palästina.“

Wegen britischer Beschränkung auf 15.000 jüdische Einwanderer pro Jahr in den 1939 folgenden fünf Jahren wurden in Europa unzählige Juden ums Leben gebracht, die in Palästina hätten gerettet werden können. Gleichzeitig wuchs auch die arabische Bevölkerung durch Zuwanderung aus den umliegenden Provinzen des Osmanischen Reiches kräftig, weil die Wirtschaftsdynamik in Palästina Arbeitskräfte verlangte.

„Nach Ende des Krieges folgte eine weitere Einwanderungswelle von Shoah-Überlebenden.“

Auch das größtenteils „illegal“ gegen den gewaltsam ausgeübten Willen der britischen Mandatsmacht.

„Die britische Regierung sah sich nicht mehr in der Lage, die Situation zu kontrollieren und einer Lösung zuzuführen und beschloss deswegen zum 15. Mai 1948 den Abzug ihrer Truppen. Insgesamt hatte dieser Kampf um europäischen Einfluss die Interessen der einheimischen Bevölkerung missachtet.“

Was soll diese Bemerkung des Kampfes um europäischen Einfluss? Im Übrigen: Die Briten zogen im Mai 1948 ab, weil der UNO-Beschluss vom November 1947 zwei Staaten auf dem Gebiet des Mandats vorsah und Israel auf der Basis seine Unabhängigkeit ausrief. Im UNO-Teilungsbeschluss waren die Interessen der Araber doch berücksichtigt worden. Sie aber lehnten das selber ab.

„Bereits vor dem Abzug der Briten kommt es zum Bürgerkrieg zwischen Juden und Arabern. Als David Ben Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel als jüdischen Staat aufruft, rücken einen Tag später die Armeen der arabischen Nachbarländer Ägypten, Irak, Libanon, Transjordanien und Syrien gegen den neuen Staat vor. Die Arabische Liga drohte mit der Ausrottung der israelischen Juden. Die Vermittlungsversuche der neu gegründeten Vereinten Nationen scheiterten, die Teilungspläne fanden nie die Akzeptanz beider Seiten.“

Wahr ist: Nur die israelische Vertretung (Jewish Agency) nahm den Plan an! Das Hohe Arabische Komitee lehnte ihn in Bausch und Bogen ab. Hätten sich die Araber 1947 für den Teilungsplan entschieden, hätten sie heute einen eigenständigen Staat mit Namen Palästina.

„Eine Folge des Krieges war das bis heute im Konflikt zentrale Problem der über 700.000 palästinensischen Flüchtlinge, die in den Nachbarländern, dem Gazastreifen oder dem Westjordanland in Lagern unterkamen.“

„Gewaltakte gegen alteingesessene jüdische Gemeinschaften in den arabischen Ländern infolge des Krieges führten dazu, dass über 850.000 arabische Juden fliehen mussten, von denen etwa 550.000 nach Israel kamen.“

Abromeit verschweigt in seinem Vortrag nicht die etwa gleichgroße Gruppe arabischer Juden, die aus den arabischen Ländern vertrieben wurde (das ist anzuerkennen, weil diese Tatsache vielen nicht bekannt ist) und die nur deshalb kein „Problem“ wurden, weil das kleine Israel sie mit großen Anstrengungen integrierte. Darüber hinaus sind die Nachkommen der arabischen Flüchtlinge nur deshalb ein Problem in der Region, weil die umgebenden

arabischen Staaten ihnen in äußerst inhumaner Weise die Integration verweigert haben und sie bis heute gegenüber den eigenen Bürgern rechtlich massiv diskriminieren.

„Der Historiker Ilan Pappé macht die ‚ethnische Säuberung‘ Palästinas durch Israel fest. Der Begriff der Naqba (‚Katastrophe‘) bezieht sich genau auf diese Erfahrung. Für den palästinensischen Narrativ spielt er eine ebenso große Rolle wie die Shoa für Israel.“

Wie kann man nur die Shoa und die Naqba gleichsetzen? Das ist skandalös und darf selbst einem Israel hassenden Bischof nicht passieren. Ilan Pappé (er ist übrigens der Autor, auf den sich alle Israelgegner immer berufen) als Zeuge allen Unrechts wird auch von Abromeit schändlich gegen Israel missbraucht. Ilan Pappé ruft als Vertreter des BDS zum Boykott der Universitäten auf, die ihm selbst erst seine akademische Karriere ermöglicht haben. Seine Arbeiten sind von dem ausdrücklichen Willen getragen, Israel zu delegitimieren. Da Abromeit anderen „neuen Historikern“ (übrigens alle um die siebzig Jahre alt) keinen Raum lässt, kommt hier einer zu Wort. Benny Morris am 21. Januar 2019 in der Ha'aretz: *„Zwischen November 1947 und März 1948 griffen die Milizen der Araber im Land Israel, die später Palästinenser genannt wurden, die jüdische Gemeinschaft an und im April bis Mai 1948 wurden sie von der jüdischen Verteidigungsorganisation der Haganah besiegt. Anschließend, im Mai bis Juni 1948, drangen die Armeen der Nachbarländer ein und griffen den Staat Israel an. Auch sie wurden am Ende besiegt.“* Warum blendet Abromeit z. B. die Geschichte der arabischen Aggression gegen die jüdische Gemeinschaft (in Gewalttrunden 1920, 1921, 1929, 1936–39 und 1947–48) aus? Für Abromeit sind, wie für die BDS-Bewegung, die Angreifer immer die Juden, das Opfer sind immer die Araber. Das ist die linke, sich human gerierende Variante einer kolonialistischen Betrachtungsweise, die die indigene Bevölkerung eben nicht auf Augenhöhe akzeptiert.

„1967 überfiel Israel einem arabischen Angriff zuvorkommend Ägypten, zerstörte in diesem Überraschungsangriff beinahe dessen ganze Luftwaffe und begann so einen Krieg mit den arabischen Nachbarländern.“

Das Thema ist historisch mittlerweile genau aufgearbeitet. Israel hat keinen Krieg begonnen, sondern seine Vernichtung verhindert. Israel hat somit in legitimer Weise einen Präventivschlag geführt.

„Die Besetzung des Gazastreifens dauerte bis August 2005 38 Jahre, und die bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens durch Israel verhindert nicht nur den Aufbau einer Infrastruktur, sondern auch die Entwicklung einer palästinensischen Zivilgesellschaft.“

Ob Abromeit auch bedenkt, dass die Terrororganisation Hamas den Beginn einer Zivilgesellschaft verhindert hat, in dem sie mit größtmöglicher Gewalt die Palästinensische Autonomiebehörde entmachtet hat? Dies setzt die parternalistische Perspektive auf die Palästinenser fort und degradiert sie erneut zu den passiven Objekten israelischer Politik. Auf diese Weise werden die kulturellen und politischen Verhältnisse der palästinensischen Gesellschaft, die dort die Herausbildung einer Zivilgesellschaft

und damit überhaupt einer Friedensfähigkeit gegenüber Israel verhindern, ausgeblendet. Es ist bis heute so, dass Araber, die diese Probleme ansprechen, sich in Lebensgefahr begeben. Wer wie Abromeit die Perspektive der die palästinensische Gesellschaft dominierenden klientelistischen, islamistischen und illiberalen Eliten, die an einer Demokratisierung gar kein Interesse haben, übernimmt, hilft diesen bei der ideologischen Sicherung ihrer Vorherrschaft. Außerdem hat der Gazastreifen auch eine Grenze nach Ägypten – die Übergänge dort sind geschlossen. Die Hilfsgüter und die Versorgung, welche die palästinensische Bevölkerung überhaupt am Leben hält, kommen aus Israel.

„Die Mehrheit der Bewohner der besetzten Palästinensergebiete ist unter israelischer Besetzung geboren und hat niemals etwas anderes als Unterdrückung erlebt. Das ist eine schwere Bürde für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und palästinensischer Eigenverantwortung.“

Abromeit vergisst, dass die Palästinensische Autonomiebehörde mit eigener Polizei und Justiz aufgebaut und das Westjordanland in drei Zonen unterteilt wurde: eine Zone unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung (A-Zone), eine unter palästinensischer Zivil- und israelischer Sicherheitsverwaltung (B-Zone) und eine unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung (C-Zone). Abromeit vermeidet den Vergleich mit den arabischen Nachbarstaaten, in denen zivilgesellschaftliche Strukturen durch mehr oder weniger diktatorische Bedingungen verhindert werden. Im Gazastreifen herrscht eine gewalttätige und diktatorische Hamas und lässt nicht eine winzige Spur zivilgesellschaftlicher Entwicklungen zu. Seit Jahren werden von der PA Wahlen verhindert und Mörder von Israelis werden als Märtyrer geehrt und mit lebenslangen Pensionen versorgt. Ist das alles etwa nicht in Eigenverantwortung der Palästinenser?

„Ein weiterer – im direkten Wortsinn – Stolperstein für den Frieden im Nahen Osten liegt vor unserer Haustür in Deutschland. Als Deutsche erwächst uns aus der von Deutschland ausgegangenen Judenvernichtung eine Verantwortung für das Schicksal der Überlebenden der Shoa und die weitere Existenz des jüdischen Volkes. Natürlich hatte die Shoa auch geschichtliche Auswirkungen in Nahost. Es sind vor allen Dingen drei Faktoren, die berücksichtigt werden müssen: ...“

„Aus der von Deutschland ausgegangenen Judenvernichtung“ ist wieder ein Euphemismus, den Abromeit immer dann gebraucht, wenn er sich schämt zu sagen, was war. Auch er ist ein Deutscher, dessen Vorfahren die Judenvernichtung vor aller Augen durchgeführt haben.

„1. Nur durch den starken Anstieg der jüdischen Einwanderung nach Palästina im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts wird eine jüdische Staatsgründung in Palästina möglich.“

Schon die Peel-Kommission hat 1937 einen Teilungsplan beschlossen. Da war das zweite Viertel des 20ten Jahrhunderts erst zur Hälfte um. Der Teilungsvorschlag lag an der Aggression der Araber im Land.

„2. Die Erfahrung der Judenvernichtung schafft weltweit eine Bereitschaft zur Anerkennung des am 14. Mai 1948 gegründeten Staates Israel.“

Weltweit? Zwei Drittel der UNO-Mitglieder haben zwar der Staatsgründung zugestimmt, aber bis heute ist Israel der einzige Staat der Welt, dessen Existenz von vielen Staaten nicht nur bestritten wird, sondern der sogar mit totaler Vernichtung bedroht ist.

„3. Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es wird bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat Israel. Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gehen so weit, das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israels zur Staatsraison für Deutschland zu erklären. Da sich der Staat aber als Jüdischer Staat versteht, folgt daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.“

Überidentifikation? Die Behauptung einer „Überidentifikation“ ist bereits Teil des Versuches, israelsolidarische Positionen zu diffamieren. Was bedeutet das denn bei der im Wesentlichen kritischen Presse zu Israel mit ständiger „Israelkritik“. Und die „Repräsentanten“ waren zuerst die Bundeskanzlerin, die in einem diplomatisch sehr fein vorbereiteten Satz endlich eine Verbindlichkeit ausgedrückt hat, die aus der Schuld der Deutschen heraus erwächst und auf ewig Bestand haben sollte. Der Merkelsche Satz wurde im Außenministerium nach langer Diskussion so formuliert, dass er durchaus als völkerrechtlich verbindlich verstanden werden sollte. Am 29. 11. 1947 fasste die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluss, der die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel forderte. Daneben sollte es einen arabischen Staat geben. Was ist das für eine Benachteiligung der Palästinenser?

„Das Neue Testament hebt nämlich die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land auf. Die im Alten Testament noch breit vertretene Auffassung, mit der Erwählung Israels verbinde sich auch der Anspruch auf das Land Israel, findet sich im Neuen Testament nicht, an keiner Stelle.“

Und was meint Paulus in Röm 9, 4–5? Den Juden gehören nach wie vor *„das Recht der Kindschaft und die Herrlichkeit und die Bundesschlüsse und die Gabe des Gesetzes und die Gottesdienstordnung und die Verheißungen und die Väter.“* Die Landverheißung ist die zentrale Zusage an Israel. Schließlich: Wenn es nach Römer 15, 8 Christus im Blick auf Israel zukommt, als dessen Diener zum Erweis der Treue Gottes, die den Vätern gegebenen Verheißungen zu bestätigen – und zu diesen Verheißungen gehört nun mal die Landverheißung – dann kann keine Rede davon sein, dass das Neue Testament „die Bindung eines bestimmten Volkes an ein bestimmtes Land aufhebt“. Zudem: Das sind alles theologische Argumente, die in einer säkularen politischen Diskussion nichts verloren haben – ebenso wenig die entsprechenden Argumente religiöser Siedler. Die jüdische Bibel als literarisches Dokument und die weitere Geschichte des jüdischen Volkes zeigen die historische Verbindung der Juden zu diesem Stück Land. Wer seinen Gott zur Legitimation seiner Ansprüche bemüht, erschleicht seiner politischen Position religiöse Weihen.

„Der in Israel sehr wirkungsmächtige Abraham Isaak („Rav“) Kook (1865–1935) wurde zum Vordenker der Siedlerbewegung und hat so auch den Kern der Siedler, den so genannten Block der Getreuen (Gush Emunim) beeinflusst. Die Grundlage dieser Lehre ist, dass Gott gemäß der Thora Israel das Land verheißt hat.“

Wie kann man nur einen Radikalen zur repräsentativen Figur erklären? Jüdisches Denken = Rav Kook = Gusch Emunim? Die noch immer unter dem Mantel von Kook antretende Partei Otzma Yehudit kommt wegen geringer Stimmenzahl nicht in die Knesset und seine Leiter werden wegen Verstoß gegen Israels demokratischer Grundsätze nicht zur Wahl zugelassen. Dass Avraham Kook zu den geistigen Vätern der Siedlerbewegung gehört trifft zu. Israel ist keine Insel der seligen Säkularen. Dieses Verständnis ist sehr typisch für diese Weltgegend und findet sich spiegelbildlich auf der arabisch/islamischen Seite, die es ebenfalls als eine Sünde betrachtet, islamisches Land an Ungläubige abzutreten. Beiden Kräften muss eine humane und säkulare Lösung abgerungen werden – so ist die nahöstliche Realität nun einmal.

„Im Dezember 2009 hat eine Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen aus verschiedenen Kirchen einen leidenschaftlichen Aufruf veröffentlicht, der als ‚Kairos-Palästina-Dokument‘ bekannt geworden ist.“

Hierzu haben wir die Analyse von Michael Volkmann abgedruckt, der dieses Dokument aus theologischer Sicht interpretiert und kommentiert hat, siehe letztes Kapitel in dieser Broschüre.

„Aufgrund unserer Geschichte ist uns als Deutschen eine Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Staat Israel aufgetragen, aber das darf nicht auf Kosten der Freiheit und der Sicherheit der Palästinenser und Palästinenserinnen gehen. Doppelte Standards vertiefen den Konflikt und sind im Blick auf eine Lösung kontraproduktiv.“

„Doppelter Standard“ zu verwenden beim Vergleich der historischen Verantwortung Deutschlands für die Shoa und dem Schicksal der Palästinenser ist absolut unangemessen. Die Verantwortung tragen allein die Palästinenser, die 1947 die Teilung ablehnten. „Doppelte Standards“ wenden jedoch die Feinde Israels an, wenn sie die Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern mit anderen Maßstäben messen, als etwa die der Ägypter mit ihren Kopten oder der Türkei mit den Kurden usw.. Diese Minderheiten wären froh, wenn sie wie und unter den gleichen Bedingungen wie die Palästinenser ihre Probleme in die internationale Öffentlichkeit und in die UNO bringen könnten.

Zusammenfassend ist Abromeits Vortrag ein Abklatsch aller bekannten Argumente gegen Israel und zeigt keineswegs einen Weg auf, den bestehenden Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern/Arabern/Muslimen zu beseitigen. Die inhaltlichen Übereinstimmungen mit den Veröffentlichungen von Duchrow bezüglich der Quellen Ilan Pappé und Kairos-Palästina werden deutlich. Wir Deutsche sollten uns heraus halten und die Lösung dieses Konfliktes den betroffenen Parteien überlassen.

Das „Kairos-Palästina-Dokument“ palästinensischer Christinnen und Christen

Dr. Michael Volkmann, Evangelische Landeskirche in Württemberg

Vortrag zur Tagung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit gemeinsam mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Berlin, 17. Januar 2012

1. Einführung

Im Dezember 2009 verbreitete der Ökumenische Rat der Kirchen weltweit einen von einer interkonfessionellen Gruppe palästinensischer Christinnen und Christen verfassten und vom Sprachendienst des ÖRK übersetzten Text und stellte eine direkte Beziehung zu dem 1985 in Südafrika publizierten *Kairos-Dokument* her, einem Aufruf zur Überwindung der Apartheid. Ziel des „*Kairos-Palästina-Dokuments*“¹ ist – nach den Worten des ÖRK – „die Beendigung der Besetzung Palästinas durch Israel“².

Aufgrund der Verbreitung des Dokuments durch den ÖRK gab es internationale Reaktionen, auch in Deutschland³. Außerhalb evangelischer Palästina-Solidaritätsgruppen wurde der Text intensiv in Kreisen des christlich-jüdischen Dialogs diskutiert. Das *Kairos-Palästina-Dokument* ist kein offizielles kirchliches Dokument. Seine Verbreitung durch den ÖRK hat jedoch Kirchen zu offiziellen Reaktionen veranlasst. Unter den rund dreißig mir bekannten Reaktionen und Stellungnahmen in deutscher Sprache sind einige wenige, die das Papier kritiklos unterstützen und ebenso wenige, die es kompromisslos ablehnen. Die Mehrzahl der Reaktionen ist differenziert, würdigt manche Passagen des Dokuments, problematisiert jedoch den überwiegenden Teil und stimmt dem Dokument insgesamt nicht zu. Wirkung zeigen vor allem die politischen Forderungen des Dokuments. Gründliche Auseinandersetzungen mit seiner Theologie sind hingegen selten. Dies mag verwundern, bezeichnen doch die Autoren selbst ihren Text nicht als politisches Papier, sondern als „ein Dokument des Glaubens“⁴ und einen „Schrei der Hoffnung, wo keine Hoffnung ist“⁵.

Im Folgenden würdige ich positive Aussagen des Dokuments, thematisiere dann die kritikwürdigen Stellen und komme am Schluss zu meinem Resümee.

2. Eine Würdigung positiver Aussagen des Dokuments

Der eigentliche Titel des Dokuments lautet „*Die Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen*“. Glaube, Hoffnung und Liebe sind die Stichworte zur Gliederung der Hauptteile des Textes. Voraus gehen eine Einleitung und ein Abschnitt über „*Die Realität*“. Am Ende des Dokuments wenden sich die Autoren mit Appellen an verschiedene Personen und Gruppen.

Unabhängig von der kritischen Beurteilung eines großen Teils des Dokuments verdient die schwierige Lage der Palästinenser unsere Aufmerksamkeit und Empathie. Niemand kann die gegenwärtige Situation gutheißen. Etliche Reaktionen verweisen auf das bereits bestehende vielfältige kirchliche Engagement für die unter der Situation leidenden Menschen. Den Autoren des Dokuments gebührt Respekt dafür, dass sie an der Hoffnung festhalten, dass Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten ohne Gewalt zu erreichen sind. In der Überzeugung, dass Gott „*uns als zwei Völker hierher gestellt*“ hat (2-3-1), mahnen sie, „*den Hass der Vergangenheit zu überwinden*“ (3-3-4) und „*in dem anderen das Antlitz Gottes zu sehen*“ (9-2). Sie sprechen sich für Liebe statt Rache und für eine Kultur des Lebens statt einer Kultur des Todes aus. Sie appellieren an christliche und auch an muslimische Fundamentalisten, sich vom Fanatismus und Extremismus abzuwenden. Und sie plädieren dafür, einander besser kennen zu lernen und Bildungsprogramme von Feindschaft zu entgiften. Viele Stellungnahmen und Antworten auf das Dokument heben diese und ähnliche Aussagen würdigend hervor. Dies hindert sie jedoch nicht daran, auf andere Aussagen kritisch einzugehen.

3. Kritik an politischen und theologischen Aussagen des Dokuments

a) Kritik an politischen Aussagen

In ihrer Beschreibung der Realität der Besetzung (1-1 bis 1-5-1), unter der sie leiden, nennen die Autoren eine Reihe von israelischen Maßnahmen. Sie gehen jedoch nicht auf ihre Ursachen ein. Sie beklagen die „*Trennmauer*“ und die Checkpoints, ohne von den Selbstmordattentaten zu reden, gegen die diese schützen sollen. Sie beklagen den Krieg in Gaza ohne von den zehntausend Raketen zu sprechen, die von dort auf Israel abgefeuert wurden. Sie beklagen die Gefangenen, ohne nach deren Vergehen zu fragen, und die Flüchtlinge, ohne die Ursachen für ihre Flucht und für die ungelöste Flüchtlingsfrage zu thematisieren, geschweige denn die Flucht und Vertreibung der Juden aus den arabischen Ländern zu erwähnen. Sie beklagen die Emigration von Christen, ohne deren innerpalästinensische und innerarabische Ursachen anzusprechen. So verleihen sie ihrer Sicht der Dinge eine Einseitigkeit, die sich durch das gesamte Dokument zieht. Israel erscheint als der ungerecht Handelnde, die Palästinenser als die

Leidenden. Dass umgekehrt auch Palästinenser ungerecht handeln und Israelis leiden, kommt nicht in den Blick. Es fehlt jede palästinensische Selbstkritik in Bezug auf die Jahrzehnte lange destruktive Politik seitens der palästinensischen und anderer arabischen Regierungen. Völlig undenkbar erscheint ein Schuldbekenntnis in Bezug auf die antijüdische Tradition der orientalischen Christenheit. Manche Stellungnahmen kritisieren das Dokument daher als selbstgerecht. Tatsächlich stilisiert es die Palästinenser als hilflose Opfer. Mit Israel werden die Begriffe „Feind“ und „das Böse“ verknüpft. Zu diesem geschönten Selbstbild gehört das gänzlich fehlende Verständnis für die Sorgen, Schmerzen und Ängste von Israelis etwa angesichts der Bedrohung durch den Iran und seine radikal-islamischen Verbündeten im Libanon und in Gaza.

Kritikwürdig sind auch zahlreiche Zweideutigkeiten im *Kairos-Palästina-Dokument*.

Einerseits enthält das Dokument einen Appell an die Muslime, dem Fanatismus und Extremismus abzuschwören (5-4-1), andererseits aber auch die undifferenzierte Aussage (4-2-5): *„Wir haben Hochachtung vor allen [!], die ihr Leben für unsere Nation hingegeben haben, und sagen, dass jeder Bürger bereit sein muss, sein Leben, seine Freiheit und sein Land zu verteidigen.“* Es sind ja unter diesen Toten erschreckend viele, deren Tod den einzigen Zweck hatte, möglichst viele unbeteiligte Zivilisten mit zu ermorden. Dieser Satz wird von vielen als inakzeptable Würdigung der Selbstmordattentäter verstanden.

Die Autoren bekennen sich zur Gewaltfreiheit und zugleich zum *„legitimen Widerstand“*. Den Begriff Terrorismus setzen sie in Anführungszeichen (4-3), offenbar lehnen sie es ab, zwischen Terrorismus und *„legitimem Widerstand“* zu differenzieren. Ihre Behauptung, wenn es keine Besetzung gebe, gebe es auch keinen Widerstand (1-4, 4-3), ist historisch nicht haltbar und ein trügerisches Versprechen für die Zukunft. Unklar bleibt nämlich, auf welches Territorium sich der Begriff *„Besetzung“* bezieht. Die Autoren vermeiden jede Aussage, die Israel zu seinem Land in eine positive Beziehung setzen würde. Viele Palästinenser halten auch den Staat Israel für palästinensisches Territorium.

Die Formulierung, *„dass die israelische Besetzung palästinensischen Landes Sünde gegen Gott und die Menschen“* (2-5) bzw. *„das Böse“* (4-2-1) ist, erscheint mir theologisch überzogen. Besetzungen sind eine nicht grundsätzlich zu verhindernde Tatsache. Sie sind im internationalen Recht geregelt, und Israel hält sich an dieses Recht und verweigert den Palästinensern keineswegs das Existenzrecht, wie in 4-2-4 behauptet wird. Im internationalen Besatzungsrecht ist vorgesehen, eine Besetzung durch Verhandlungen bis zu einem Friedensvertrag zum Ende zu bringen. Der Frieden zwischen Israel und Ägypten ist so zustande gekommen. Die Autoren erklären den Verhandlungsweg jedoch für gescheitert. Sie sprechen von zwanzig Jahren ergebnislosen Verhandlungen, erwähnen dabei aber nicht die fünf Jahre der Al-Aqsa-Intifada, die den Oslo-Friedensprozess zum Erliegen brachte. Bislang sind alle Wege zum Frieden gescheitert, gewaltsame und gewaltlose, auch der Weg durch internationalen Druck.

Diesen jedoch und nicht den Verhandlungsweg wollen die Autoren trotz seines Scheiterns neu beschreiten. Sie bezeichnen es als ihr Ziel, *„den Unterdrücker zu zwingen, von seiner Aggression abzulassen“* (4-2-3). Von einer anderen als der israelischen Aggression ist keine Rede.

Das Dokument hat die Vision, dass die beiden Völker im Land zusammen leben und Gerechtigkeit und Frieden schaffen können (2-3-1). Allerdings ist die Zweistaatenlösung für die Autoren kein Thema. Im Dokument ist nur von einem Staat (9-3), einer Gesellschaft (4-3), einem gemeinsamen politischen Leben (5-2-4) die Rede, nirgends von zwei Staaten. Ich interpretiere dies als Vision eines bi-nationalen Staates. In diesem einen Staat für beide Völker würden Juden zur Minderheit werden, dominiert von einer muslimischen Mehrheit, eventuell vermehrt um zurückkehrende Flüchtlinge, die *„das Recht auf Heimkehr haben“* (1-1-6). Ein solcher Staat würde die Schutzfunktion nicht erfüllen können, die der Staat Israel für die Juden hat und die auch von den evangelischen Kirchen in Deutschland gewürdigt wird. Das eigentliche Problem des Konflikts und auch des hier zu analysierenden Dokuments liegt offensichtlich nicht in der Zuspitzung auf die Frage der Besetzung, sondern in der Frage der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz des jüdischen Staates Israel durch seine arabischen Nachbarn. Das Existenzrecht des Staates Israel ist aus der Sicht der evangelischen Kirchen in Deutschland nicht hinterfragbar.

Kritik verdient auch der Vergleich Israels mit dem früheren südafrikanischen Apartheidstaat, der im Text angelegt ist und durch die Titulierung des Papiers als *Kairos-Dokument* offenbar vor allem vom ÖRK gewollt wird. Der Apartheidvorwurf zielt auf das Selbstverständnis Israels als jüdischer Staat. So wie die Apartheid in Südafrika beendet wurde, soll nach dem Willen der Autoren und des ÖRK der jüdische Charakter des Staates Israel abgeschafft werden. Hinter dieser Forderung steht die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus, welcher Philip Potter als Generalsekretär des ÖRK anlässlich ihrer Annahme durch die UNO im November 1975 noch vehement widersprochen hat. Nach Ende des Kalten Krieges erklärte die UN diese antisemitische Resolution für nichtig.

Mit ihrer Zuspitzung auf das Thema Besetzung ignorieren die Autoren völlig die palästinensische Autonomie als Zwischenschritt auf dem Weg zur staatlichen Freiheit. Die gegenwärtige Regierung nutzte mit Erfolg die Chancen der Autonomie zum Aufbau funktionierender zivilgesellschaftlicher Institutionen im Westjordanland. Israel reagierte darauf mit dem Abbau von Sicherheitskontrollen. Der nachfolgende Aufschwung ermöglichte dem Westjordanland ein Wirtschaftswachstum von bis zu 8 %. Dieser Wandel schlägt sich im Dokument nicht nieder. Er macht jedoch den palästinensischen Versuch international als Staat anerkannt zu werden erst möglich.

Die breiteste Ablehnung erfährt der Boykottaufwurf gegen *„alle von der Besetzung hergestellten Güter“* (4-2-6) bzw. gegen ganz Israel (7-1). Das hat mehrere Gründe. Zum einen hat Deutschland mit dem Boykott von Juden den Weg aus der Zivilisation in die Barbarei angetreten. Die wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Boykotts ist nicht das Entscheidende, sondern seine propagandistische als Einfallstor des Antisemitismus. Denn ein Boykott ist mit

einer einseitigen Schuldzuweisung an Israel verbunden. Dass die Realität so ist, wie sie ist, hängt jedoch auch mit dem politischen Handeln der palästinensischen Seite und etlicher arabischer Staaten zusammen. Im israelisch-palästinensischen Konflikt sind die Palästinenser als die Schwächeren dennoch verantwortliche Handelnde. Um Frieden zu erreichen, müssen sich beide Seiten bewegen, nicht nur eine. Schließlich bedeuteten internationale Sanktionen, dass eine Verhandlungslösung durch Zwang ersetzt würde. Niemand aber hat das Recht, einen existierenden Staat durch äußeren Zwang aufzulösen. Der Boykottaufruf richtet sich an „*Einzelpersonen, Gesellschaften und Staaten*“ (4-2-6). Die ganze Welt soll Israel boykottieren, eine gespenstische Vorstellung, das wäre nicht mehr Gewaltlosigkeit, sondern kalter Krieg. Wenn als Ziel „*die Befreiung beider Völker von den extremistischen Positionen der verschiedenen israelischen [!] Regierungen*“ angegeben wird (4-2-6), so verbleibt als einzige Alternative eine erzwungene palästinensische Regierung, Fatah oder Hamas, für beide Völker.

b) Kritik an theologischen Aussagen

Das Dokument setzt mit einem trinitarischen Glaubensbekenntnis ein, über das Klaus Wengst in seiner Analyse der Theologie des *Kairos-Palästina-Dokuments* schreibt: „*In allen drei Artikeln fällt die ebenso umfassende wie ausschließliche Bezogenheit auf das Universum, die Welt, die Menschheit auf.*“⁶ – „*Gott ist als der Gott aller Welt beschrieben. Jesus hat die Funktion, ein neues Licht auf das Alte Testament zu werfen und der heilige Geist dient als Hermeneut, der dazu anleitet, das Alte Testament ganz und gar auf das allein in universaler Ausrichtung verstandene Neue Testament hin zu lesen.*“ Wengst stellt das Dokument in die lange christliche Tradition, die die Universalität gegen die Besonderheit Israels ausspielt. Palästinensische Spezialität sei es, dass dies gelinge, „*ohne Israel und seine Geschichte oder Aspekte seiner Geschichte auch nur ein einziges Mal zu benennen*“. Israels Besonderheit bleibe jedoch gerade auch im Neuen Testament erhalten.

Jesus wird, so Wengst, von den Autoren des Dokuments aus dem Judentum herausgelöst. Das Wort „*Revolution*“ für Jesu Wirkung behaupte einen Bruch Jesu mit der biblisch-jüdischen Tradition. Dieser behauptete Bruch werde noch verstärkt durch die Aussage, Jesus habe „*eine neue Lehre*“ bezüglich der „*Themen wie die Verheißungen, die Erwählung, das Volk Gottes und das Land*“ gebracht (2-2-2). Die Darstellung Jesu in den Evangelien gehört nach Wengst jedoch ganz und gar in den jüdischen Kontext hinein.

Das *Kairos-Dokument* vertritt das traditionelle Schema von Verheißung und Erfüllung, das nach Wengst im Neuen Testament terminologisch nur einmal begegnet (Apg. 13,32-33). Die Mehrheit der neutestamentlichen Stellen, argumentiert er weiter, setzt die Verheißungen an Israel in Geltung und bestätigt sie.

Wengst betont auch, dass im Neuen Testament der Zusammenhang von Volk und Land Israel nicht aufgehoben wird, während das *Kairos-Palästina-Dokument* das Land aus der Bindung an Israel löst und in eine universelle

Perspektive rückt. „*An keiner einzigen Stelle [im Kairos-Palästina-Dokument] werden die Begriffe ‚Land‘ und ‚Israel‘ in positiver Hinsicht auch nur entfernt miteinander in Verbindung gebracht; in Bezug auf das ‚Land‘ erscheint Israel ausschließlich als Besatzer.*“⁷ Wengst hält diesen Befund für hochproblematisch. Die theologische Auseinandersetzung um das Land sei aufs engste mit der politischen verknüpft. Wenn das *Kairos-Palästina-Dokument* das Land westlich des Jordans als „*unser Land*“ (2-3) bezeichne, stelle es das Existenzrecht Israels in Frage, so der emeritierte Bochumer Neutestamentler.

Die bleibende Erwählung Israels und die Bundestreue Gottes mit dem gelobten Land als elementarem Bestandteil der Bundesschlüsse sind für die Kirchen in Deutschland jedoch zentrale Aussagen, die die Mitte des christlichen Glaubens betreffen. Gottes besonderes Verhältnis zu Israel lässt sich nicht universalistisch relativieren. In der EKD-Studie „*Christen und Juden III*“ heißt es: „*Die von palästinensischen Christen geforderte Universalisierung aller biblischen Aussagen über das Land (jedem Volk hat Gott ein Land gegeben) widerspricht der ... biblischen Einsicht, dass Gott sich selbst unauflöslich an das jüdische Volk gebunden hat. Bund und Land aber gehören zusammen.*“⁸ Diese Kritik trifft auch für das „*Kairos-Palästina-Dokument*“ zu.

Weiter noch geht die Amerikanische Zentrale Rabbinerkonferenz (Central Conference of American Rabbis, CCAR) in ihrer „*Zurückweisung*“⁹. Sie wirft dem Dokument eine enterbungstheologische Sprache vor, die dem Judentum abspreche, Religion des Bundes zu sein. Somit löscht es „*die Jahre aus, in denen die christliche Seele auf der Suche war und Reue zeigte, als ob es sie nicht gegeben hätte*“. Das Dokument, so die CCAR, hat einen enterbungstheologischen und antisemitischen Charakter: „*Eine genaue Lektüre des Kairos-Papiers zeigt, dass es alles andere ist, als ein Dokument, das auf Wahrheit beruht. Die sorgfältige Abwägung dessen, was es sagt und was es nicht sagt, der Geschichte, die es zeichnet und der Geschichte, die es verschleiert, sowie des moralischen Maßstabes, den es an Israel anlegt, während es gleichzeitig Kompromisse angesichts palästinensischer Gewalt macht, enthüllt ein moralisch inkonsistentes und theologisch suspektes Dokument, das nur einen Teil der Wahrheit ausspricht, und manchmal nicht einmal das.*“ – Das *Kairos-Palästina-Dokument*, resümiert die CCAR, fordert „*christliche Gläubige auf der ganzen Welt auf ... , eine Politik der BDS gegen Israel als Ausdruck ihres Glaubens zu übernehmen*“. – „*Daher erklärt die Central Conference of American Rabbis: Das Kairos-Papier ist ein sachlich, theologisch und moralisch mangelhaftes Dokument.*“

4. Resümee

Das *Kairos-Palästina-Dokument* wird nur in begrenzten Kreisen vor allem der Evangelischen Kirche unkritisch propagiert, außerhalb dieser Kreise erfährt es deutliche und berechtigte Kritik. Es hat keine Chance weitere Kreise für seine Ziele einzunehmen, schon gar nicht die relevanten politischen Parteien.

Ein Blick in die Homepage www.kairospalestine.ps zeigt, dass selbst unter christlichen Palästinensern das Interesse nachlässt: Die Zahl der Unterzeichner stieg im vierten Halbjahr nach der Veröffentlichung, von März bis September 2011, nur noch um 10 %, seitdem um weniger als 1 % (von 2.455 am 29.3.2011 auf 2.710 am 15.9.2011 und auf 2.727 am 14.01.2012).

So ist die vielleicht positivste Entwicklung die, dass der Internationale Rat der Christen und Juden (ICCJ) den Austausch mit den Autoren des Dokuments sucht, im Juli 2010 in Istanbul und im Oktober 2011 in Beit Jala. Nach der Tagung in Istanbul erschien die ICCJ-Stellungnahme „*Habt Erbarmen mit den Worten*“¹⁰. Darin warnt der ICCJ vor Polarisierungen und ermutigt zur offenen Debatte.

„*Die arabischen ChristInnen und der christlich-jüdische Dialog*“ lautete das Thema der Jahrestagung von *Studium in Israel* Anfang dieses Monats in Rothenburg, wo das *Kairos-Palästina-Dokument* in einer Arbeitsgruppe zur Sprache kam. Zwei Anfragen der dortigen arabischen Gesprächspartner erscheinen mir besonders wichtig: Welche Rolle spielt im christlich-jüdischen Dialog die Frage nach der Gerechtigkeit? Und wie konsequent wird im christlich-jüdischen Dialog die theologische Auseinandersetzung mit den Ansichten der so genannten Christlichen Zionisten geführt?

Als problematisches, polarisierendes Beispiel sehe ich die Arbeitshilfe der ACK Baden-Württemberg zum *Kairos-Palästina-Dokument* an. In dieser Arbeitshilfe, die nur unterstützende Kommentare zum Dokument wiedergibt, wird das jüdische Volk mit den Vollstreckern der Schoa, also mit der SS, verglichen und der Zionismus als krasse Apartheidsystem bezeichnet.¹¹ Die evangelische Kirchenleitung in Württemberg hat sie allen Pfarrämtern zugesandt.

Darum halte ich es für wichtig, dass wir in den Kirchen den im Herbst erschienenen Antisemitismusbericht der Bundesregierung studieren. Nicht nur die Stellen, in denen die Kirchen direkt angesprochen werden und die sich auf den traditionellen Antijudaismus beziehen, sondern auch was dort über die Einseitigkeit, Intensität, Schärfe und Unangemessenheit linksextremer Kritik an Israel geschrieben wird, geht uns an: „*Im angeblich aggressiven Vorgehen Israels wird die alleinige Ursache für den Nahostkonflikt gesehen, die arabische beziehungsweise palästinensische Seite wird hingegen nur als unschuldiges Opfer wahrgenommen, die legitimen Sicherheitsinteressen Israels werden nicht beachtet; auch finden die bedenklichen Ansichten und Handlungen der islamistischen und nichtislamistischen Gegner des Staates kaum kritische Aufmerksamkeit. Die besondere Empörung über angebliche oder tatsächliche Menschenrechtsverletzungen durch Israel steht für Doppel-Standards bei der Einschätzung, direkte und indirekte Anspielungen deuten auf eine Gleichsetzung mit dem Apartheidstaat oder dem Nationalsozialismus hin.*“¹²

Aussagen wie die zitierten findet man sowohl im *Kairos-Palästina-Dokument* als auch in der Arbeitshilfe der ACK Baden-Württemberg und im Deutschen Pfarrerblatt. Über eine 2004 in Bielefeld veröffentlichte empirische Erhebung heißt es im Antisemitismusbericht der Bundesregierung: „*Die – durchaus überzeugende – Schlussfolgerung der Untersuchung lautet, dass Israelkritik ohne Antisemitismus zwar durchaus nachweisbar ist, jedoch wesentlich häufiger Kritik an Israel mit antisemitischen Untertönen unterfüttert wird.*“¹³

So ist das auch in der Kirche. Das zeigt die Auseinandersetzung um das *Kairos-Palästina-Dokument*. Und darauf müssen die Kirchen reagieren.

Fußnoten:

- 1 Kairos-Palästina-Dokument, <http://www.oikoumene.org/de/documentation/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palaestina-dokument.html>.
- 2 Ökumenischer Rat der Kirchen – Nachrichten: Aufruf palästinensischer Christen und Christinnen zur Beendigung der Besetzung, ohne Ort, ohne Datum.
- 3 Das Votum der Evangelischen Mittel-Ost-Kommission (EMOK) vom 22. 04. 2010 wurde am 31. 08. 2011 von der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland angenommen: <http://www.evangelische-kirche.de/international/emok/71428.html>.
- 4 Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg, Arbeitshilfe zum Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina, Stuttgart 2011, S. 5 (Impulse zum Gespräch; Bd. 2).
- 5 Kairos-Palästina-Dokument, Einführung. Zitate aus dem Dokument werden im Folgenden durch die in Klammern nachgestellte Abschnittsnummer nachgewiesen.
- 6 Klaus Wengst, Land Israel und universales Heil im Neuen Testament. Eine theologische Auseinandersetzung mit dem

„Kairos-Palästina-Dokument“, COMPASS Online-extra Nr. 145, Juli 2010, http://www.compass-infodienst.de/Klaus_Wengst_Das_Kairos-Palaestina-Dokument_-_Eine_theologische_Auseinandersetzung.9899.0.html, Abschnitt 1. Dort auch die beiden folgenden Zitate.

7 Ebenda, Abschnitt 5.

8 Christen und Juden I–III. Die Studien der Evangelischen Kirche in Deutschland 1975–2000, hrsg. im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom Kirchenamt der EKD, Gütersloh 2002, S. 194, Abschnitt 4.6.3.

9 „A Rebuttal to the Kairos-Document“, Deutsche Übersetzung „Erklärung zum Kairos-Dokument (2009)“: <http://www.christen-und-juden.de/html/rebuttal.htm>. Dort auch die nachfolgenden Zitate aus der CCAR-Erklärung.

10 <http://jcrelations.net/de/?item=3203>.

11 Arbeitshilfe (s.o. Anm. 4), S. 45 bzw. 47.

12 <http://www.christen-und-juden.de/Download/Studie2011.pdf>, S. 27.

13 Ebenda, S. 59.

Autorenverzeichnis

Dr. Bernd Moldenhauer, selbständiger Berater in Fort- und Weiterbildung und für das Management sozialer Dienstleistungsunternehmen. Mitglied im Vorstand des DIG Bremen/Unterweser e.V.

Dr. Kay Schweigmann-Greve, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Hannover der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und des Trägervereins der Jüdischen Bibliothek in Hannover.

Dr. Michael Volkmann ist Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und seit 2003 landeskirchlicher Beauftragter für das Gespräch zwischen Christen und Juden sowie Geschäftsführer der Arbeitsgruppe „Wege zum Verständnis des Judentums“. Von 2006 bis 2015 war er Vorsitzender der „Konferenz landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden“.

Dr. Widu Wittekindt, stellvertretender Vorsitzender der DIG Bremen/Unterweser e.V.



DIG Arbeitsgemeinschaft Braunschweig

<http://braunschweig.deutsch-israelische-gesellschaft.de>
braunschweig@digev.de

DIG Bremen/Unterweser e.V.

www.dig-bremen.de
bremen@digev.de

DIG Arbeitsgemeinschaft Hannover

www.dig-hannover.de
hannover@digev.de

DIG Arbeitsgemeinschaft Oldenburg

oldenburg@digev.de

DIG Arbeitsgemeinschaft Osnabrück

osnabrueck@digev.de

DIG Arbeitsgemeinschaft Ostfriesland

<http://ostfriesland.deutsch-israelische-gesellschaft.de>
ostfriesland@digev.de

DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT e.V.

www.digev.de
info@digev.de